



Die Vereinten Nationen haben Israels neues System zur Kontrolle humanitärer Hilfe in Gaza scharf kritisiert. Ein hochrangiger UN-Beamter sprach sogar von einem „Angriff auf die Menschenwürde der Palästinenser“. Israel, das mehr als zwei Monate lang keine Hilfslieferungen in das Gebiet gelassen hatte, argumentiert, das neue System solle verhindern, dass die islamistische Hamas Hilfsgüter an sich reißt.

Doch die humanitäre Lage spitzt sich weiter zu. Berichten des Welternährungsprogramms zufolge starben in der vergangenen Nacht mindestens zwei Menschen, nachdem eine aufgebrachte Menschenmenge ein Lebensmittellager in Zentral-Gaza gestürmt hatte. Schon am Dienstag, dem Tag des Neustarts des Hilfsprogramms, wurden Dutzende verletzt – erneut bei einer Panikreaktion auf einem Verteilungsplatz.

Der Ton in Europa wird indes rauer. Während aus Washington der Druck für eine Waffenruhe wächst, äußern europäische Diplomaten deutliche Kritik. Kaja Kallas, die Chef-Diplomatin der EU, verurteilte Israels Vorgehen scharf: „Unverhältnismäßige Gewaltanwendung und der Tod von Zivilisten dürfen nicht toleriert werden. Hilfe darf niemals politisiert oder militarisiert werden.“

Ein alter Vorwurf mit neuer Schärfe: Schon seit Wochen warnen UN-Organisationen davor, dass das neue Hilfssystem, das bislang von UN-Agenturen verwaltet wurde, Zivilisten unnötig gefährde. Der Vorwurf: Die Menschen müssten nun weite Wege auf sich nehmen, oft kilometerweit durch von Israel kontrolliertes Gebiet, nur um an einem der wenigen verbliebenen Orte überhaupt Hilfe zu erhalten.

Eine rhetorische Frage drängt sich auf: Dient dieses neue System wirklich dem Schutz der Zivilbevölkerung – oder ist es ein weiteres Mosaiksteinchen in einem größeren Plan zur Verdrängung der Menschen aus Nord-Gaza?

Israels Rechtfertigung lässt jedenfalls keinen Spielraum: Es gehe darum, zu verhindern, dass Hamas Lebensmittel horte. Die UN aber sehen darin ein System, das Zivilisten an ihre Belastungsgrenzen treibt – körperlich, psychisch und existenziell.

Deutschland will die Ukraine noch stärker unterstützen

Bundeskanzler Friedrich Merz hat angekündigt, die deutsche Unterstützung für die Ukraine deutlich auszubauen. Geplant sind zusätzliche Militärlieferungen sowie Milliardenhilfen für die



inländische Rüstungsproduktion – inklusive weitreichender Waffensysteme. Die Ankündigung erfolgte im Rahmen eines Besuchs von Präsident Wolodymyr Selenskyj in Berlin.

Laut Verteidigungsministerium geht es um konkrete Zusammenarbeit beim Waffenbau, um moderne Luftabwehrsysteme und sogar um Satellitenkommunikation. Das Paket hat ein Volumen von rund fünf Milliarden Euro.

Selenskyj erklärte, die Ukraine benötige derzeit jährlich rund 30 Milliarden Dollar, um die eigene Waffenproduktion voll auszulasten. Er reist seit Jahren durch die Welt, um genau dafür Partner zu finden – jetzt scheint Deutschland entschlossen, die Rolle eines verlässlichen Unterstützers zu übernehmen.

USA planen Maßnahmen gegen chinesische Studierende

Der US-Außenminister Marco Rubio verkündete am Dienstagabend, dass chinesischen Studierenden künftig verstärkt die Visa entzogen werden sollen – insbesondere jenen mit Verbindungen zur Kommunistischen Partei Chinas oder mit Spezialisierung in sicherheitsrelevanten Bereichen. Zeitgleich ordnete er an, die Vergabe von Studenten- und Austauschvisa im Ausland vorübergehend zu stoppen, um Bewerber künftig noch genauer zu durchleuchten – inklusive deren Social-Media-Aktivitäten.

Donald Trump griff derweil Universitäten wie Harvard an und forderte weniger internationale Studierende. Stattdessen solle man mehr Plätze für Amerikaner schaffen. Seine Kampagne gegen Hochschulen spiegelt ein altbekanntes Muster wider: Wenn etwas schief läuft, sind immer die anderen schuld – nie er selbst.

Weitere Schlagzeilen aus den USA und der Welt

Ein Bundesgericht in den USA hat einige von Trumps härtesten Zollplänen gestoppt. Elon Musk kündigte an, sich aus der Arbeit in der Trump-Administration zurückzuziehen – um sich wieder stärker auf seine Firmen zu konzentrieren. Außerdem ordnete ein Richter die Freilassung einer russischen Wissenschaftlerin an: Es gebe „weder eine faktische noch eine rechtliche Grundlage“ für den Entzug ihres Visums.



In China wurde heute die Raumsonde Tianwen-2 ins All geschossen – mit dem Ziel, Proben von einem erdnahen Asteroiden zu sammeln.

Haiti setzt im Kampf gegen bewaffnete Banden auf Söldnerhilfe. Die Regierung unterzeichnete einen Vertrag mit Erik Prince, dem umstrittenen Gründer der Sicherheitsfirma Blackwater.

Wissenschaftlich lief es weniger rund: SpaceX verlor bei einem Testflug die Kontrolle über seine Starship-Rakete. Das Raumfahrtprojekt bleibt damit ein technischer Drahtseilakt mit wechselhaftem Erfolg.

In der Türkei müssen Passagiere, die sich vor dem vollständigen Stopp eines Flugzeugs abschnallen oder aufstehen, künftig mit Geldstrafen rechnen.

In der Filmwelt sorgt ein Skandal um Kevin Costner für Schlagzeilen: Eine Stuntfrau verklagte ihn wegen einer angeblich nicht abgesprochenen Vergewaltigungsszene ohne Intimitätskoordination.

Europa im Fokus

Großbritannien erhebt Anklage gegen Influencer Andrew Tate und seinen Bruder – darunter auch wegen Vergewaltigung. Beide sollen aus Rumänien ausgeliefert werden.

In der Schweiz richtete ein Erdbeben, ausgelöst durch einen brüchigen Gletscher, schwere Schäden in einem Alpendorf an. Nur neun Tage zuvor waren alle 300 Einwohner evakuiert worden.

Und in Deutschland trifft die Wirtschaftspolitik Trumps einen ganz speziellen Nerv: Porsche produziert ausschließlich hierzulande – und ist damit besonders anfällig für neue Zölle.

Und ein Paukenschlag vom Bundesgerichtshof: Zivilrecht kann künftig herangezogen werden, um Konzerne für die weltweiten Auswirkungen ihrer Emissionen verantwortlich zu machen.

Von Andreas M. Brucker